

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4089, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzeilige Petition oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 140

Freitag, den 17. Juni 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 15. Juni 1904.

### Togo. — Mrogorobahn.

Der Reichstag hat seine Beratungen heute, trotzdem er über sechs Stunden tagte, nicht so weit gefördert, daß er schon morgen in die Ferien gehen könnte. Unsere Interpellation wegen der zahlreichen Reichsrechtsverletzungen durch das preussische Kontraktbruchgesetz ist auf Wunsch des Staatssekretärs Dr. Nieberding erst morgen — als erster Punkt — auf die Tagesordnung gesetzt worden, außerdem sind eine ganze Reihe von Gesetzen noch in dritter Lesung zu erledigen. So auch die wegen der Uebernahme einer Reichsgarantie für eine Eisenbahn in Ostafrika von Dares-Salam nach Mrogoro, die heute in zweiter Lesung mit 149 gegen 83 Stimmen angenommen wurde. Die Opposition wurde von uns und der Freisinnigen Volkspartei gebildet. Genosse Südekum wies nach, daß die Vorlage ausschließlich der reichen ostafrikanischen Bahngesellschaft, hinter der die Deutsche Bank steht, zu gute komme, und daß gerade bei der jetzigen Finanzlage und den zahlreichen Bedürfnissen, die jetzt im Reiche unbefriedigt bleiben müssen, es geradezu ein Verbrechen sei, das Geld der deutschen Steuerzahler für diesen Zweck hinauszuwerfen. Auch der Abg. Richter hatte die finanzielle Unsichtlosigkeit dieses Unternehmens dargetan; soll die Bahn doch zum großen Teil durch Steinwüsten und kumpfige Gegenden führen! Auch warnte er mit Recht vor dem drohenden Gespenst der großen Seebahn, die viele hundert Millionen kosten werde. Trotzdem nahm die Mehrheit nicht nur die Vorlage an, sondern stellte der Regierung noch 2 1/2 Millionen mehr zur Verfügung, als diese gefordert hatte, also im ganzen 21 Millionen, und stimmte nach einigen rohen Bemerkungen des berühmten Grafen v. Arnim mit der größeren Zahl ihrer heute zum Teil zum ersten Male im Reichstage anwesenden Abgeordneten unsere besseren Gründe nieder.

Einem so willfährigen Reichstag gegenüber braucht die Regierung natürlich um so weniger Entgegenkommen zu zeigen. Seit Jahren fordern nicht etwa nur wir, sondern alle bürgerlichen Parteien, die schon auf die zahlreichen Unterbeamtenstimmen spekulieren, eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses. Zu dem Zweck verlangen sie eine Trennung der Ortsteilung von dem Servistarif, der ausschließlich nach den Bedürfnissen der Offiziere und hohen Beamten verfaßt ist. Die Regierung gibt sich gar nicht die Mühe, das zu leugnen; trotzdem weigert sie sich auch jetzt, diesem Zustand ein Ende zu machen und verlangt, daß der jetzt vorliegende Entwurf, der das alte System enthält, es bis zum Jahre 1913 gesetzlich festlege. Die Mehrheit bewilligte es zwar nur bis zum Jahre 1906, aber dazu, ganze Arbeit zu machen und die geringfügigen Verbesserungen die das Gesetz bringt, nur durch den Wohnungsgeldzuschuß der kleinen Beamten zugute kommen zu lassen, dazu konnte sie sich nicht entschließen. Die bürgerlichen Parteien können eben, wie Genosse Singer es treffend nannte, gar nicht mehr konsequent sein. Wie sich im Jahre 1906 die Mehrheit weiter wird verhalten lassen, bleibt abzuwarten. Bis dahin wird es aber jedenfalls bei dem Zustand bleiben, daß die kleinen Beamten mit ihrem so wie so nicht auskömmlichen Gehalt, das 4- bis 6fache des Wohnungsgeldzuschusses werden daran wenden müssen, um den Ansprüchen der Hausagrarier zu genügen.

Nach diesem trefflichen Werke glaubten die bürgerlichen Abgeordneten genug für das Volk getan zu haben, verschoben die Weiterberatung auf morgen und gingen befriedigt nach Hause.

### 98. Sitzung. Nachmittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: Freiherr von Stengel, Dr. Stübel, Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Beratung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1904.

Spahn (Z.): Die Vorlage soll nur die Mittel für die gestern beschlossenen Bahnen in den Kolonien bereit stellen. Ich bitte um sofortige Annahme.

Ohne weitere Beratung werden die Nachtragsstats in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Interpellation Auer und Gen. betr. das preussische Gesetz zur Erleichterung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter und des Gesindes.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ich bin bereit, die Interpellation morgen im Namen des Reichstanzlers zu beantworten.

Danach geht das Haus in dritter Lesung betr. Uebernahme einer Garantie des Reiches für eine Eisenbahn von Dares-Salam nach Mrogoro über.

Hierzu liegt ein Antrag Spahn (Z.), von Hornmann (R.), Dr. Sattler (R.) vor, statt 18 1/2 Millionen die Garantiesumme auf 21 Millionen zu erhöhen und dar-

für die Spurweite der Bahn auf 1 Meter statt auf 0,75 Meter festzusetzen.

Richter (SP.): Herr Dr. Arendt hat mir gestern den Vorwurf gemacht, ich halte immer dieselbe Rede zu allen Kolonialforderungen. Gewiß tu' ich das in dem Maße, wie die praktischen Erfahrungen meine Gründe bestätigen und stärken. Der Abg. Schrader hat sich die für alle Fälle passende Formel zurecht gelegt: Da wir einmal die Kolonien haben, müssen wir auch etwas für sie tun! Wahrscheinlich werden wir die heute wieder zu hören bekommen. (Heiterkeit.) Aber auf eine Pargelle, die sich nachher als unfruchtbares Gesteins- und Summfland erweist, wird kein Verständiger Aufwendungen machen. Zu Bambergers Zeit sprach der Abg. Schrader ganz anders. Herr Dr. Spahn will 2 1/2 Millionen mehr bewilligen als die Regierung fordert. Er singt gleichsam: Afrika, Afrika, über alles! (Heiterkeit.) Die größere Spurweite leistet dabei nur der Idee der Zentralbahn der großen Seebahn Vorschub. Diese Idee hat auch schon der Zentrumsredner Schwarz bei der ersten Lesung vorgetragen. Man nennt Ostafrika einen Stützpunkt unserer Weltpolitik, aber diesen Stützpunkt müssen wir stützen. (Sehr gut! links.) Man will Ostafrika christianisieren; die andern Kolonialmächte halten gegenüber allen Religionen strikte Neutralität. Wir sollen das Land erschließen. Aber was zum Schluß aufgeschlossen wird, sind nur neue Steuerquellen in Deutschland, die die Lebensmittel des Volkes verteuern. (Sehr gut! links.) Anstelle hochfahrender Redensarten sollte man sich die praktischen Verhältnisse in jenen Gegenden vergegenwärtigen, den Mangel an Plantagen, an Arbeitern, an Einwohnern. An der Usambara-Eisenbahn ist die Vermehrung der Bevölkerung rein zufällig, eine Hungersnot hatte vorher mehr als die Hälfte hinweggerafft. (Hört, hört! links.) Herr Dr. Spahn hat in einem Aufsatz ausgeführt, die Missionen würden 200 000 Mk. an Transportkosten sparen und ebenso die Verwaltung. Mit wieviel Millionen müssen die Missionare rechnen, wo nur zwei kleine Stationen an dieser Bahn liegen, und diese schon so große Ersparnisse machen. Die Verwaltung gibt überhaupt nur 45 000 Mark für Transportkosten. Herr Dr. Spahn scheint mit Nullen zu freigebig zu sein. (Heiterkeit.) Ein so schönes Zeugnis im Fleiß ich ihm geben könnte, im Rechnen bedarf er unbedingt der Nachhilfe. (Große Heiterkeit.) Von der Schutztruppe sind überhaupt nur sechs Mann in der Gegend. Ich glaube nicht an eine Verminderung, je mehr Verkehr, desto mehr Gendarmen. Gerade der Bahnbau hat in Südwestafrika zu Fraktionen mit den Eingeborenen geführt. Ich weiß natürlich, daß bei den modernen Feuerwaffen ist, haben alle Völker, und jetzt auch wir, erfahren. In Ostafrika wäre bei der höheren Kultur der Eingeborenen und dem tropischen Klima die Niederwerfung eines Aufstandes noch schwieriger. Ich bin überzeugt, wenn wir die traurigen Ereignisse hätten voraussehen können, hätten wir nie in dem gottverdammten Anga-Bequena unsere Flagge gehißt. Angesichts unserer Finanzlage und der zahllosen Bedürfnisse der Heimat werden wir zur Ablehnung der Vorlage geradezu gedrängt. (Lebh. Beifall links.)

Schrader (SP.): Ich war kein Freund der Kolonialpolitik, als sie inaugurirt wurde. Aber jetzt, wo wir 20 Jahre lang große Mittel aufgemendet haben, müssen wir auch noch soviel draußgeben, um eine friedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Kolonien zu erreichen. Dann werden auch Eingeborenen-Aufstände nicht mehr stattfinden. Unsere Finanzlage ist gewiß nicht glänzend, aber für die nächsten Jahre kostet uns die Bahn ja noch nichts. Ich bitte Sie deshalb, die Vorlage anzunehmen. (Bravo! bei der SPg.)

Dr. Südekum (SD.): Die Frequenz des Hauses zeigt, wir recht wir daran taten, gestern die Beratung abzubrechen. Man sieht heut nur die alten vertrauten Gesichter (Heiterkeit), und die Herren, die gestern nur zur Durchpeitschung dieser Vorlage herbeigeeilt waren, müssen sich jetzt draußen von der ungemohnten Arbeit erholen. (Heiterkeit.) Im Allgemeinen ist die Begeisterung der Kolonialfreunde durchaus platonisch. Nur wenn es die Reichskasse einmal anzugreifen gilt, kommen sie in großen Schwärmen auf den Plan. Diese ganze Vorlage ist nichts als ein großkapitalistisches Manöver. Die Herren, die sonst immer davor warnen, daß der Staat öffentliche Betriebe übernimmt, wollen hier den Privatkapitalisten das Risiko abnehmen. Der Umweg, daß man hier eine Gesellschaft vorschleibt, ist doch nur eine Kulisse. Wenn es sich in Berlin um den Bau einer Strassenbahn handelt, dann wird lebhaft dagegen gekämpft. Dann kommt es sogar vor, daß ein Ministerialdirektor sein Amt aufgibt, um dafür zu sorgen, daß die Konzeption einer Privatgesellschaft über die Köpfe der städtischen Verwaltung verlängert wird. Aber in den Wüsteneien von Afrika, da soll das Reich das ganze Risiko tragen, den Vorteil aber streicht die Gesellschaft ein. In der Tat handelt es sich nicht nur um diese Teilbahn, sondern um das Projekt der ostafrikanischen Zentralbahn. Das ist einfach ein phantastisches Unternehmen, wie der bekannte Afrikareisende Dr. Hans Meyer anerkannt hat. In demselben Augenblick, wo bei dem auch heut auf der Tagesordnung stehenden Servistgesetz die berechtigten Wünsche der wenig bemittelten Beamten mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage unerfüllt bleiben, gibt man einer großkapitalistischen Gesellschaft die weitgehendsten Privilegien, um eine Bahn in Afrika zu bauen. Auf dem Kolonialkongreß in Stettin ist, was Herr Dr. Stübel vielleicht besonders imponieren wird, unter Befürwortung eines wirklichen deutschen Prinzen der vernünftige Beschluß gefaßt, den Herrn Reichstanzler aufzufordern, dahin zu wirken, daß für die deutschen Kolonien eine Land-

ordnung erlassen werde, um die Land speculation mit ihren gemeinschädlichen Folgen zu verhindern. Hier aber wird die Land speculation von der Regierung in größtem Maße propagiert. Wenn die Bahn wirklich Anseher in ihre Nähe lockt, so müssen sie in die Neze der großen Kapitalistengesellschaften hineinfallen, die diese wie listige Vogelsteller aufgestellt haben, in die Neze, die die Regierung den Kapitalisten geliefert hat. Weil wir die ganze Kolonialpolitik nicht für kulturfördernd halten, sondern für ein wirtschaftspolitisches Verbrechen, eine Vergeudung nationalen Geldes und nationaler Kraft halten, aus diesem allgemeinen Gesichtspunkte und aus den besonderen Gründen, die ich Ihnen dargelegt habe, werden wir gegen die Vorlage stimmen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Der Abg. Richter hat vergessen zu sagen, daß ich schon in der 1. Lesung erklärt habe, wir würden gern die weitere Spurweite nehmen. Er hat verlangt, daß ich ein für allemal die Erklärung abgebe, daß diese Stichbahn unter keinen Umständen verlangt werden wird. Das kann ich nicht tun. (Hört! hört! links.) Das hängt von Umständen ab, auf die wir keinen Einfluß haben. Ostafrika hat wegen des Arbeitermangels und wegen der Ablenkung des Summi- und Eisenbahnhandels nach dem Kongo große Schwierigkeiten. Aber das Land ist keine Steinwüste, sondern durchaus entwicklungsfähig. Die Auffassung des Abg. Südekum von dem Nutzen der Kapitalisten-Gesellschaften widerspricht der des Abg. Richter. Aber ich wundere mich, daß Herr Südekum diese Einzelheiten in den Vordergrund gehoben hat, da er so vielermaßen gegen jede Kolonialbahn stimmt. Ich will ihm aber bemerken, daß das abgetrennte Land Kronland ist und daß jede Härte und Unbilligkeit gegen die Eingeborenen vermieden wird.

v. Arnim (RP): Der Standpunkt des Abg. Richter, daß, wenn wir den Aufstand vorausgesehen hätten, wir unsere ganze Kolonialpolitik nicht inaugurirt hätten, beschämt mich als Mitglied des deutschen Reichstags. (Große Unruhe links.) Kein anderes Volk der Welt hätte wegen des Nansenstübers in Südwestafrika... (Stürmische Unterbrechungen b. d. Soz. Abg. Ledebour: So nennen Sie den Tod wackerer Deutscher?) Wenn Sie nicht verstehen, daß das uns nicht abbrechen darf, so beweisen Sie nur wieder Ihren Mangel an Nationalgefühl. (Große andauernde Unruhe links. Abg. Ledebour: Ihnen fehlt jedes menschliche Gefühl!) Ich verweise auf die Eingaben von 35 deutschen Handelsmännern, die dringend eine Stärkung der deutschen Baummollzucht verlangen. Wir treiben keine Gefälligkeitspolitik, sondern urteilen nur nach sachlichen Motiven. Es ist geradezu komisch, daß Fortschrittsparteier im Jahre 1904 für den Wagen statt der Eisenbahn eintreten, wie einst der Postmeister Nagler. Wir wollen unseren Kolonialbesitz festigen und Deutschlands Ansehen unter den Völkern erhöhen, aber dafür haben Sie (nach links) wenig Sympathie. Sie kosten dem Vaterlande Millionen dadurch, daß Sie das Kapital von unseren Kolonien abbrechen. Zu unserer Freude nimmt endlich eine Gesellschaft mit Mut und Energie die Entwicklung der Kolonien in die Hand. (Bravo! rechts.)

Dietrich (R.): Im Hinblick auf die Informationen des Abg. Richter wäre es vielleicht ganz gut, wenn uns statt für die Nordlandsreise für den persönlichen Besuch der Kolonien Freibills gegeben würden. (Heiterkeit.) Im Gegenfall zu Herrn Südekum halte ich die Betätigung des Großkapitals in den Kolonien für sehr erfreulich. Herr Bebel hat i. Z. zu Herrn v. Siemens gesagt, wenn die Deutsche Bank sich an den großen wirtschaftlichen Unternehmungen in unseren Kolonien beteiligte, dann würde er bei dem Vertrauen für dieses trefflich geleitete Institut in seinen Anschauungen etwas wackelig werden. (Hört! hört! rechts.) Entweder ist also nach dem Tode des Herrn von Siemens die Deutsche Bank schlecht geleitet oder Herr Bebel müßte die Bahn bewilligen. (Heiterkeit rechts.) Da wir das Erstere nicht glauben, werden wir für die Vorlage stimmen.

Die Abgg. Dr. Spahn (Z.) und Dr. Sattler (R.) wenden sich in kurzen Bemerkungen gegen den Abgeordneten Richter.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Spahn und Genossen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Volkspartei, der Polen und vereinzelter Zentrumsmitglieder, wie des Abg. Daxbach, angenommen.

An der auf Antrag des Abg. Müller-Sagan (SP) namentlichen Abstimmung über § 1 nehmen 22 Abgeordnete teil. (Lebhafte Bravo!). Mit Ja stimmen 149, mit Nein 83 Abgeordnete. Mit gleicher Mehrheit wird der Rest des Gesetzes angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Servistarsifs und der Klassenenteilung der Orte.

Hierzu beantragt die Budgetkommission, die Regierung aufzufordern, baldmöglichst, spätestens bei der nächsten Revision des Servistarsifs, einen besonderen Gesetzentwurf über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen vorzulegen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Reichstag beschäftigt, mit der Verabsiegung der Frist für das Bestehen des Servistarsifs von 5 auf 2 Jahre für den Wohnungsgeldzuschuß der Beamten eine andere Grundlage zu schaffen. Ich erkenne nun durchaus an, daß das Streben den Wohnungsgeldzuschuß und den Personalservis unabhängig von der Entschädigung für Quartierleistungen zu regeln, berechtigt ist, und freue mich, daß der Reichstag es beabsichtigt. Aber es ist unlogisch, deswegen Personalservis und Wohnungsgeldzuschuß nur bis 1906 zu bewill-



gen, denn die außerordentlich schwierige Materie läßt sich bis dahin garnicht regeln.

Reichschatzsekretär Frhr. von Stengel: Wir sind gern bereit, unsererseits der Trennung der beiden Materien näher zu treten, aber wir wollen das Resultat der Volkszählung von 1906 abwarten und müssen auch auf die Finanzlage Rücksicht nehmen. Willig würde eine solche Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses nicht werden. Ueber die Einnahmen aus dem Zolltarif ist ja schon zum großen Teil verfügt.

Dr. Pasig (M.): Auch wir bedauern, daß die Fesseln der Bewilligung immer kürzer werden. Aber wenn die tüchtige Verwaltung des Grafen Potjomski mit Ernst und Fleiß an die Frage herangeht, wird sie sich auch vor der Volkszählung erledigen lassen. Wir müssen den untern Beamten glatt das Wohnungsgeld geben und es erst nach oben hin zu Wohnungsgeldzuschüssen abtufen. Um das zu erreichen, müssen wir das jetzige System der künstlichen Verbindung mit der Ortseinteilung aufheben, zumal es zu schreienden Ungerechtigkeiten führt. Wir wollen jetzt unter dem Zwange der Verhältnisse die Vorlage annehmen. Aber wo selbst die Beamten der vom Abg. Südekum geschmacklos mit Raubstaaten bezeichneten kleinen Staaten besser gestellt sind als unsere Reichsbeamten, können wir es nur tun, wenn wir dem Willen des Reichstags Ausdruck geben, hier endlich Wandel zu schaffen. So mag denn der Serovistarij in Gottes Namen 2 Jahre gelten.

Präsident Graf Ballestrem rügt nachträglich den von ihm überhörten Ausdruck „Raubstaaten“.

Gug (S.) schließt sich dem Abg. Pasig an.

Singer (S.): Ich werde mich mit einer kurzen Erklärung begnügen. Wir bewilligen den Serovistarij nur auf so kurze Frist, weil die Regierung dem Wunsche des Reichstags auf Trennung des Serovistarijs und der Klasseneinteilung Nichtachtung entgegensetzt. Wenn der Reichstag konsequent sein könnte, müßte er die Regierungsvorlage ablehnen und das bestehende Gesetz höchstens auf ein halbes Jahr fortbauern lassen, um so die Regierung unteren Wünschen gefügig zu machen. Aber er müßte im § 2 des Gesetzes bestimmen, daß dieses neue Gesetz nur für den Wohnungsgeldzuschuß, nicht für die Ortseinteilung gelten soll. Von der Regierung hätte ich wenigstens das Entgegenkommen erwartet, daß sie sich prinzipiell bereit erklärt hätte, diese Trennung vorzunehmen, zumal auch heute der Staatssekretär das Verlangen danach für berechtigt erklärt hat. Sie schüßt die Schwierigkeit der Vorarbeiten vor; aber einerseits kann das unmöglich so zeitraubend sein, andererseits ist unabweisbar, daß sie schon jetzt ziemlich umfangreiches Material besitzt, die Frage geprüft hat und nicht zu einer Ablehnung des Wohnungsgeldzuschusses gekommen ist. Der wahre Grund ist nur die Erwägung, daß es große Ausgaben erfordern würde; die Finanzen sind das einzige Hindernis einer Neuregelung. Aber wir dürfen es nicht bei dem bisherigen Zustand belassen, daß den untern Beamten, die an und für sich schon ein unaußersinnliches Gehalt haben, die Lebenshaltung noch dadurch erschwert wird, daß sie ein Vielfaches des Wohnungsgeldzuschusses für die Mieten ausgeben müssen. Wir dürfen es auch nicht damit belassen, daß, wie es jetzt geschieht, für den Serovistarij in erster Linie das Bedürfnis der Offiziere und hohen Beamten maßgebend ist. Trotz alledem werden wir für die Vorlage stimmen, um den letzten Versuch zu machen, wie lange der Reichstag sich die Verhöhnung seiner selbst gefallen lassen wird. Wir hoffen nur, daß das Zentrum festbleibt und nicht wieder, wie so oft, umfällt.

Sichhoff (S.): Die Vorlage bedeutet nur eine ganz geringe Verbesserung. Die dringenden Forderungen des Reichstages auf vollständige Trennung von Personal- und Wohnungsgeldzuschuß sowie auf Vorlage eines besonderen Gesetzes zur Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses bleiben wieder unerfüllt. Die Regierung hat sich wieder auf platonsche Erklärungen beschränkt. Die Beschränkung von Wohnungsgeldzuschuß und Personal- und in das einzige Hindernis einer dem wünschenden Bedürfnis entsprechenden Klasseneinteilung der Ortseinteilung. (Sehr richtig! laut.) Die Finanzlage ist ja keine günstige. Wenn aber Graf Potjomski seinerzeit gelagt hat: „Mit Geld in Euren Beutel! so möchte ich sagen: Haltet die Taschen zu! Ich erinnere nur an die heutigen Beschlüsse über Bahnhöfen in Afrika und die Millionen für die Ostmannenpolitik. (Sehr wahr! laut.) Es macht den Eindruck, als ob die Regierung nicht daran denkt, den ganz unzulänglichen Wohnungsgeldzuschuß zu erhöhen. Im preussischen Landtag hat Herr v. Alvensleben nur für die untern Beamten das Bedürfnis dazu anerkannt. Wir stimmen der Vorlage zu, da sie immerhin eine kleine Verbesserung bedeutet, lehnen aber die Verantwortung dafür ab, daß eine gründliche Reform wieder hinausgeschoben wird. Diese Reform wäre nicht nur eine Forderung politischer Mäßigkeit, sondern sozialer Gerechtigkeit. Bravo! laut.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Gräberger, v. Staudy (M.), Kirich (S.), Bog v. Schlieffen, v. Wiese, v. Dargen (M.) und Dr. Sauter (M.) wird das Gesetz nach den Kommissionsbeschlüssen unverändert angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation: Anz und Genossen wegen des preussischen Kontraktstrafgesetzes. Dritte Lesung der Afrika-Bahnen, des Nachtragsetzes, der Kaufmannsgerichts, Antrag Götter bei Revision des Naturerbschaftsgesetzes und Novelle zum Gesetz betreffend die Aenderung des Reichsgeldbuchs.) Schluß 5 Uhr.

## England und Japan.

Die Japaner rücken vor — so werden die Russen, allen von japanischer Seite erzählt man nichts über die Verhältnisse. Die erste japanische Flotte, deren größter Flügelschiff die „Mikasa“ ist, ist in der Umgebung von Singen angekommen und hat sich in der Richtung der Toppas, die an der Spitze der „Mikasa“ gebildet werden sollen. Die Japaner haben zwar, wie jetzt aus den amtlichen japanischen Telegrammen zu sehen, Kinnichwang genannt, aber von einer Besetzung dieses Ortes durch die Japaner ist noch nichts gehört. Die „Mikasa“, welche von Yokohama, dem Samuraischiff der Flotte von Kinnichwang, nach Port Arthur fährt, scheint bis Kasjagan, der ersten Station von Port Arthur, noch in der Hand der Russen zu sein. Es scheint aber noch Anfang in der Nähe der genannten Station heftige Kämpfe stattgefunden zu haben, nach russischen Meldungen, mit einer Anzahl des japanischen Flottillen geschickter haben sollen.

Die Nachricht von dem, was sich des russische Blablabol-Geschwader unter Admiral Tschibuloff am 30. März in Port Arthur ereignete, dass aber, da die Port Arthur-Flotte keine Veranlassung

auslaufen gemacht habe, wieder umgekehrt sei, findet jetzt auf andere Weise ihre Bestätigung. Von verschiedenen Seiten wird übereinstimmend gemeldet, daß einige Schiffe dieses Geschwaders in japanischen Gewässern erschienen sind, und daß in der Meerenge von Korea, die Japan von Korea trennt, bei der Insel Schima ein Seekampf stattgefunden habe. Es liegen in dieser Hinsicht die folgenden, allerdings nicht amtlichen Nachrichten vor: Der „Berl. Lokal-Anz.“ läßt sich aus Tokio fabeln: „Schiffe, von denen man glaubt, daß es das Blablabol-Geschwader sei, sind bei der Insel Colinet gesichtet worden. Am Donnerstag wurde nordöstlich von Tschuschima-Strait beobachtet. Nach den letzten in Tokio eingegangenen Meldungen ist die vorbringende Blablabol-Flotte bereits durch ein japanisches Geschwader in der Höhe von Tschuschima gesichtet worden, wo ein schweres Gefecht im Gange ist. Eine Bestätigung der Tätigkeit der Blablabol-Flotte ist Mittwoch in Tokio eingegangen von dem Kapitän eines japanischen Handelsdampfers, der von dem Geschwader beschossen wurde. Die letzte Nachricht kam von der Insel Schima, wo heftiges Feuer gehört wurde. Bei der Richtung, welche die Flotte genommen hat, hat sie zweifellos die Absicht, die Port Arthur-Flotte zu verstärken.“ Eine noch unbestätigte Reuters-Meldung aus Tokio besagt, daß der japanische Kreuzer „Mitsuta“ unweit der Insel Trusima mit dem russischen Blablabol-Geschwader in einen Kampf geriet. Bei der Insel Schima begegneten Mittwoch zwei nach Japan zurückkehrende Transportdampfer russischen Kriegsschiffen. Letztere verfolgten die Dampfer und gaben 16 Schuß auf sie ab. Doch gelang es ihnen, den Hafen Katsumoi auf Jiu zu erreichen. Ferner trafen Mittwoch früh drei Transportdampfer, die von Schimonoseki Japan verließen, ausnahmslos der Koreastraße auf russische Kriegsschiffe. Die Russen feuerten 18 Schuß auf die Dampfer. Ein Transportdampfer entkam, das Schicksal der beiden anderen ist noch unbekannt. Marinekreise in dem japanischen Kriegsschiffen Sasebo halten eine Seeschlacht für nahe bevorstehend.

Auch in und um Port Arthur spielt sich die Lage immer mehr zu. Der japanische Admiral Togo berichtet, daß die japanischen Torpedobootsflottillen in der Nacht zum 13. Juni nach Port Arthur führten, wo es ihnen gelang, an verschiedenen Punkten Minen zu legen, und wohlbehalten zurückkehrten. Am 14. Juni mittags, als die zweite japanische Torpedobootsflotte und drei Torpedobootsflottillen bei Schawington den an Land befindlichen Feind beschossen, um die Helogonstellungen seitens unserer Flotte zu erleichtern, kam der russische Kreuzer „Nowik“ mit zehn Torpedobootsflottillen plötzlich aus Port Arthur heraus. Es wurde ein heftiges Feuer von beiden Seiten gewechselt. Die japanischen Flottillen versuchten durch allmähliches Zurückgehen der Feind weiter zu locken, doch zog sich der Feind nachmittags 3 Uhr zurück. Auf japanischer Seite sind keine Beschädigungen zu verzeichnen. Um 4 Uhr nachmittags desselben Tages vernahm man auf dem Kreuzer „Tschitose“ eine Explosion sowie Geschüßfeuer in der Richtung von Port Arthur. — Flüchtlinge, die an Bord von Diodatebrechern in Sinken aus Port Arthur eingetroffen sind, berichteten, daß dort große Kaschiragen nach chinesischen Hütern und Säugern zur Verkleidung für Flüchtlinge herrsche. Nur der jetzt Angekommenen befinden sich angeblich 240 verkleidete Russen. Die Seetruppen der benachbarten Mikano-Inseln unterstützen die Chinesen bei ihrem Verkehr mit Port Arthur. — Eine Meldung der „Times“ aus Tschifu besagt: Die russischen Truppen in Port Arthur seien auf zwei Drittel reduziert worden. Heisgerie koste 30 Rubel das Pood gleich 121 Pf. Alle Chinesen verlassen den Platz. Die sibirischen Truppen dejetieren massenhaft in der Bekleidung von Chinesen. Der „Daily Mail“ wird aus Kinnichwang gemeldet: Ein russischer Offizier traf am Sonnabend in einer Dschunke von Port Arthur hier ein. Der Kapitän hielt ein japanischer Kreuzer die Dschunke an, doch wurde der russische Offizier nicht entdeckt, da er unter Juchzen verdeckt war. Er sagte aus, daß die russische Besatzung genügend in Port Arthur seien und für drei Monate ausreichen, wenn sie sorgfältig verteilt würden. Allerdings würde ohne die Kornmühle die Garnison sofort dem Hungertode gegenüberstehen. Man fürchte, daß die starke Sommerhitze die Leben der Garnison verheerend werde. Auch ein in Tschifu eingetroffener Kaufmann erklärte, einer Reuters-Meldung zufolge, daß Port Arthur gut verproviantiert sei: es befänden sich 9000 Stück Vieh dort. Das Haus, zu dem er gehörte, habe der Regierung kürzlich erst 90000 Pf. geliehenes Fleisch geliefert. Auch andere Häuser hätten zur Verproviantierung der Stadt beigetragen. Der Kaufmann läßt die Zahl der Russen in Port Arthur auf 50000. — Nach aus russischer Quelle stammender Meldung sollen am Montag 40000 Mann, die zum Entschluß Port Arthurs bestimmt waren, Tschuschima passiert haben.

Das Tschifu wird nach London gemeldet, es verlautete, die Japaner hätten eine schwere Niederlage nördlich von Kinnichon erlitten. — Da von anderer Seite nicht die geringste Bestätigung vorliegt, scheint es sich wieder nur um eine Fatalemauer zu handeln.

Die Verluste der Russen seit Beginn des Krieges bis zum 21. Mai betragen nach einer Petersburger Drahtung: 216 Offiziere und 4900 Mann getötet, verwundet oder gefangen. Eine Korrespondenz der „Rustsja“ vom Kriegsschauplatz konstatiert die äußerst mangelhafte Versorgung für den Berwandeten-Transport. So viel für die Hospitalpflege der Verwundeten getan sei, so wenig sei das Leiber für die Pflege auf dem Transport der Fall.

Das Ruben weidet das japanische Blatt „Siji“, die eingeborene Bevölkerung der dortigen Gegend sei am Verhungern.

## Politische Mundstücken.

### Deutschland.

Der journalistische Feldzug gegen die Sozialdemokratie ist nun im großen Gange. Wie der „Berliner“ zu berichten weiß, ist in aller Öffentlichkeit die Gründung eines neuen „Weltblattes“ geplant, das den Titel

„Deutsches Reich, Zeitung für alle Deutschen“, führen und in Berlin zweimal täglich in 500 000 Exemplaren erscheinen soll, von denen die größere Hälfte für das auswärtige Deutschland bestimmt ist. Aber trotzdem das neue Unternehmen in schwalligen „nationalen“ Phrasen angepriesen und dem Blatte die Aufgabe gestellt wird, „Vorkämpferin gegen die internationale sozialistische Bewegung“ zu sein, haben sich noch nicht genügend „nationale Patrioten“ gefunden, um das Dreimillionen-Kapital, das für erforderlich gehalten wird, das neue „Weltblatt“ zu finanzieren, zusammenzubringen. Der „Preis patriotischer Männer“ wird also noch etwas tiefer in die Taschen greifen müssen, um die neue Goldgrube fließen zu machen.

Freiherr von Mirbach auf dem Zeugenstande. Endlich! Der Kirchenbauer und Rhinogeros-Rebner Freiherr v. Mirbach hat sich nun doch noch bräutet, im Pommerbacher Prozess Zeugnis über die Halbmillionenschenkung der Schulz u. Romeid abzulegen. In der Sitzung am Mittwoch wurde Herr von Mirbach, angeblich auf eigenen Wunsch, als Zeuge vernommen. In einer längeren Rede, in der er sich nach alter Gewohnheit stark über die Angriffe einer „arawissen“ Presse beklagte und seine kirchliche und soziale Tätigkeit schilderte, gab er an, daß er die Herren Schulz und Romeid für wohltätige reiche Leute gehalten habe, daß er ihnen von 1899 an Gelder seiner Vereine und auch Gelder der königlichen Schatzkammer übergeben habe, die sie auch sicher angelegt und verwandt hätten. Im August 1900 hätten die Herren dann für wohltätige Zwecke 150 000 Mk. gestiftet, im November für den Kirchenbauverein 25 000 Mk. Diese 25 000 Mk. seien das einzige, was er, Frhr. v. Mirbach, von den 350 000 Mk. abgehoben habe, die Schulz und Romeid im Oktober gestiftet haben und worüber er quittiert hat. Die Abhebung des übrigen Geldes sei unterblieben, weil inzwischen die Pommernbahn in Schwierigkeiten geriet. Freiherr v. Mirbach erklärte, daß seine Vereine, wenn an dem Geld ein Mangel hafte, die Summen, die sie erhalten, auch zurückzahlen würden. Damit war in der Hauptsache seine Vernehmung erledigt. — Volles Licht ist auch dadurch noch nicht in die Angelegenheit gekommen.

Der Saarbrücker Prozess wird noch das Reichsgericht beschäftigen. Der von der Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte frühere Bergmann Krämer hat Revision eingelegt. Auch der preussische Landtag wird über den Prozess urteilen müssen. Das Zentrum brachte im Abgeordnetenhaus eine Interpellation darüber ein, „ob die Staatsregierung Kenntnis habe von dem im Prozess Krämer in Saarbrücken gemachten Zeugnisaussagen über Wahlbestechungen und Wahlkontrolle seitens der königlichen Bergwerksbeamten und was die Regierung zur Verhinderung der Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu tun gedenke.“

Rosafenkurs in Baden. In Freiburg i. B. der Unterstaatssekretär wurde der Maurer G. Du., italienischer Staatsangehöriger, ausgewiesen und ihm durch das Bezirksamt dieser Beschlüsse des Ministeriums schriftlich zugehellt. Der Ausgewiesene soll sich dadurch „lästig gemacht“ haben, daß er für die gewerkschaftliche Organisation unter seinen Landesleuten eintrat. Es ist doch wirklich weit gekommen im liberalen Probiertändchen, besonders unter der Regie des derzeitigen Gesundheits- und Gerechtigkeitsministeriums Schenk.

Bayrische Königsschmerzen. Die patriotischen und loyalen Bürger des Bayernlandes befinden sich derzeit in einer schrecklichen staatsrechtlichen Patsche, dergestalt, daß sie augenblicklich keine dringlichere Sorge haben, als sich rasch einen König zu verschaffen. Im nächsten Jahre werden es nämlich hundert Jahre, daß Bayern von Napoleons Gnaden aus einem schlichten Herzogtum zu einem stolzen Königreich befördert wurde, und da ist es schwer, kein Jubiläum zu feiern. Wenn ein solcher Anlaß vorüberginge, ohne daß eine entsprechende Erhöhung der landesüblichen Bierationen die patriotischen Bierherzen höher schlagen ließe, würde das monarchische Gefühl zumal der Brauherrn, die ja die Finanzaristokratie von Bayern bilden, eine arge Erschütterung erleiden. Es ist also nicht zu bezweifeln, daß ein Königsjubiläum, wobei es nach altbayrischer Weise hoch hergeht, zu den Staatsnotwendigkeiten zählt. Wie kann man aber ein Königsjubiläum feiern, wenn kein König vorhanden ist, der das Königtum auch wirklich zu repräsentieren vermag? Die Bayern haben wohl einen König, aber der befindet sich in einem Zustande, der es selbst den geübtesten Monarchisten unmöglich macht, auch nur die in Fachkreisen vorgeschriebene Dosis von Begeisterung für den angestammten Herrscher aufzubringen. König Otto sieht nämlich seit dreißig Jahren in unheilbarer Geistesumnachtung dahin und seine Krankheit hat Formen angenommen, die selbst das bei gekrönten Häuptern noch statthafte Maß übersteigen. Man hat den unglücklichsten Mann mit dem besten patriotischen Willen keinen König vorstellen lassen können, denn er besitzt leider nicht einmal die für hohe Personen unerlässliche Fähigkeit, das eingeborne Gottesgnadentum durch gelegentliche Aufseherungen wie: „Ach, das ist sehr schön!“ oder: „Ich bin sehr erfreut über den großartigen Empfang!“ zu markieren. So ist es gekommen, daß selbst die loyalsten Bayern ihres Königs völlig vergessen haben und daß sich im ganzen Bayernland keine Maß auf sein Wohl hebt. Daraus ergibt sich aber eben die große Schwierigkeit. Man hat zwar einen Prinzregenten, der die repräsentativen Pflichten des Monarchen versteht und so häufig im Jagdostium neben einem erlegten Sechzehner abgebildet wird, als ob er der Monarch selber wäre; aber der Prinzregent ist eben doch nicht der König, und zum Königsjubiläum braucht man einen König. Die besorgten Patrioten sind jetzt auf die Idee gekommen, daß man das Vaterland aus dieser misslichen Lage durch eine Verfassungsänderung befreien könnte, und sie machen dafür nun Stimmung. Eine kleine Aenderung des Erbfolgearagraphen genüge, um den armen Otto seiner hohen Würde zu entkleiden und dem Bayernvolf in seinem bisherigen Prinzregenten wieder einen richtigen „König“ zu geben. Ein erleuchteter junger Professor ist mit dem entsprechenden Vorschlag in die Öffentlichkeit getreten; aber es ist wenig wahrscheinlich, daß aus der Geschichte etwas wird, wenigstens solange nicht, wie der jetzt 83jährige Prinzregent selbst die repräsentativen Pflichten auf sich nehmen kann. Anders klagen die Ansichten schon, sowie sein Sohn, Prinz Ludwig, der Kronprinz, der übrigens älter als König Otto ist, die Regentenschaft übernimmt. Aber auch dann hat es noch keine Schwierigkeiten. Ubrigens ist auch die Staats-



notwendigkeit des Königsjubiläums nicht so einwandfrei be-  
weisen, und wir können uns vorstellen, daß den bayrischen  
Patrioten auch ohne dieses Fest ihr Bier schmecken wird. Ist  
das aber der Fall, dann werden sie wohl mit ihrem ange-  
kommenen Herrscher auch fürderhin ihr Auskommen finden,  
und wir sind sogar so unehrerbietig, zu meinen, daß das  
Bayerntum bereits mündig genug ist, die Unmündigkeit seines  
Königs ohne Schaden ausbalzen zu können. Wenigstens in  
seinem sozialdemokratischen Teil!

**Die Wahlen in Koburg-Gotha.** In der Stich-  
wahl für den Landtag siegte nach Meinung bürgerlicher  
Blätter in Friedrichroda die Bürgerpartei  
über unsere Parteigenossen. Der neue Landtag zählt des-  
halb in Zukunft nur 6 Sozialdemokraten (gegenüber 9 im  
alten). Wenn auch dieser Mandatsverlust an sich zu be-  
klagen ist, so steht doch andererseits die erfreuliche Tatsache  
fest, daß unsere Stimmen von 6156 im Jahre  
1900 auf insgesamt 9089 gestiegen sind. Und diese  
unter den schwierigen Verhältnissen enorm zu nennende  
Steigerung erklärt sich nicht einmal über das ganze Herzog-  
tum, sondern beschränkt sich auf 85 Dörfer, denn in  
allen anderen Orten war es nicht einmal möglich, Leute auf-  
zutreiben, die es wagten, sich als Wahlmänner aufstellen zu  
lassen. Was bedeutet dagegen der Verlust von drei Wahl-  
kreisen, denen noch dazu der Gewinn eines neuen Wahl-  
kreises gegenübersteht? Zudem ist der Verlust zweier dieser  
Kreise lediglich dem Umstand geschuldet, daß uns in einem  
Ort zwei und in einem anderen Ort elf Stimmen fehlten.  
Das indirekte Wahlsystem zeitigt Sonderbarkeiten, die den  
Besitz eines Mandats, ja die Mehrheit in einer Körperschaft  
oft vom Zufall abhängig machen. Die Gegner haben  
also durchaus keine Ursache, über unsere „Niederlage“ zu  
jubeln.

**Der Sanitätsverein, der Erjak, den die Leip-  
ziger Ortskrankenkasse an Stelle der aufgehobenen  
Familienbehandlung im Kampfe mit den Ärzten schon seit  
längerer Zeit in Aussicht genommen hatte, wird sich am  
morgigen Freitag in einer Mitgliederversammlung konstituieren,  
die der Aktionsausschuß einberufen hat. Ueber den  
Statutenentwurf soll dann Beschluß gefaßt werden. Für die  
nächste Woche sind eine Anzahl von Agitationsversammlungen  
in Aussicht genommen.**

**Das Ministerium gegen Kultur.** Die Frage, ob  
staatliche Lehrer an Arbeiter-Bildungs-  
schulen unterrichten dürfen, diese Frage hatte seinerzeit  
einen Schulfreit zwischen Regierung und  
Magistrat in Stettin hervorgerufen, der jetzt durch  
den Beschluß des preussischen Unterrichtsministers erledigt ist.  
Der Magistrat hatte eine Beschwerde an den Unterrichts-  
minister bezüglich der Regierungsvorschrift gerichtet, in der  
einem Lehrer der Stettiner Ottofschule verboten war, an der  
Arbeiterbildungsschule die Besucher in den so fürchterlich  
saat- und ordnungsfeindlichen Grundrissen und Behren der  
— Physik zu unterrichten und hierbei die Instrumente  
der Ottofschule zu benutzen. Der Minister hat das Ver-  
halten der Regierung als „gerechtfertigt“ angesehen und der  
Beschwerde des Magistrats nicht stattgegeben. Die dem-  
nächstige Stadtkonferenzversammlung wird sich mit diesem  
Entscheid des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und  
Medizinalangelegenheiten beschäftigen. — Das preussische  
Kulturministerium führt seinen Titel zu Unrecht; es sollte  
sich Ministerium gegen die Kultur nennen.

**Militärjustiz.** Das Kriegsgericht der vierten Division  
in Bromberg verurteilte den Einjährig-Frei-  
willigen von Gruber vom Pommer'schen Füsilier-  
Regiment Nr. 34 wegen Achtungsverletzung und  
Gehorsamsverweigerung zu zehn Monaten  
und den Unteroffizier Gehler wegen Miß-  
brauch der Amtsgewalt zu fünf Monaten  
Gefängnis.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.**  
Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Maschinen-  
pumper Alexander Koch von der Strafkammer in Görlitz  
in nichtöffentlicher Sitzung zu der Mindeststrafe von zwei  
Monaten Gefängnis verurteilt. — Vor der Straf-  
kammer in Saarbrücken wurde wegen desselben Ver-  
gehens ein siebzehnjähriger Landstreicher in der Person des  
ehemaligen Kaufmanns Adolf Kummel aus  
Hielohn zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der weiß-  
haarige Alte, der schon zwei gleiche Vorstrafen aus gleichem  
Grunde auf dem Kerkerhof hat, war von einem Gendarm in  
St. Wendel beim Betteln erwischt worden und hatte diesem  
gegenüber, jedenfalls um eine Unterkunft zu finden, despek-  
terliche Ausstellungen über Kaiser und Staat fallen lassen;  
das Gericht überwies den Alten außerdem als angeblich un-  
verbesserlichen Landstreicher der Landespolizeibehörde.

**Kleine politische Nachrichten.** Das Reichsgericht  
verhandelt nach dem „Berl. Ztg.“ am 6. und 7. Juli über  
einen Landesverratsprozess. Der Name des An-  
geklagten wird nicht mitgeteilt. — Die Stilllegung  
der kleinen Bechen im Ruhrtales nimmt ihren  
Fortgang, wie sich aus einer Depesche ergibt, die der „Börs-  
Ztg.“ aus Essen zugeht: Auf der Beche Widfeld ist durch  
Anschlag bekannt gemacht worden, daß am 30. Juni beide  
Schächte stillgelegt werden. Die Belegschaft, 430 Mann,  
soll auf den benachbarten Bechen untergebracht werden.  
— Hr. v. Bodenhausen, der kürzlich bei dem nächst-  
liegenden Kontrakt zwischen Reserve-Offi-  
zieren und Polizeibeamten in Hannover  
durch den Sabelhieb eines Schutzmannes einen Schädel-  
bruch erlitten hatte, wurde Mittwoch, als er die Klinik als  
geheilt verließ, von Beamten der Kriminalpolizei auf Grund  
eines Haftbefehls des Landgerichts verhaftet und in  
das Gefängnis überführt. — Leutnant Wille  
verklagt seinen Braunschweiger Verleger auf Entschädigung,  
weil dieser das Verlagsrecht seines Romans „Aus einer  
Heinen Garnison“ nach Wien verkauft habe. — Infolge  
der Obstruktion der Deutschen mußte der Dienstag in Prag  
eröffnete böhmische Landtag nach nur zweistündiger  
Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt werden.  
Es war also nur ein sehr kurzes Vergnügen! —  
Der Gouverneur von Langer (Maroffo)  
lieh zwei Scheiß des Stammes Beni-Misnar  
verhaften. Die Verhafteten gehören zu jenen Scheiß,  
die seinerzeit die Verhaftung Rajulis bewirkten. Nun ist  
wiederum eine der Bedingungen erfüllt, die Rajuli für  
die Freilassung Berdicaris und seines Stiefsohnes gestellt  
hat. — Eine Abteilung der britischen In-  
fanterie nahm, wie „Reuters Bureau“ aus Gyangse  
(Tibet) meldet, einen Lama gefangen, der angab,  
daß er eben von Ghassa komme. Er sagte, wenn sich die  
Engländer Ghassa näherten, würden die Tibetener bis zum  
Tode kämpfen; er fügte hinzu, daß der Dalai Lama

alle Vorbereitungen zur Flucht nach China  
getroffen habe. — Von 994 Delegierten zum National-  
konvent der Vereinigten Staaten sind bisher 740 gewählt.  
Von diesen sind 220 beauftragt, für den Richter Parker bei  
der Präsidentenwahl zu stimmen, 267 haben kein bestimm-  
tes Mandat erhalten, die übrigen sind beauftragt, Parker  
zu bekämpfen. Unter diesen Umständen ist eine Wieder-  
wahl Roosevelts gesichert. — Wie aus Ottawa  
(Kanada) geteilt wird, wurde der Carl of Dun-  
donald von seinem Posten als Kommandeur  
der Miliz entlassen, weil er in einer öffentlichen  
Rede die Regierung beschuldigt hat, daß sie militärische  
Beförderungen zu politischen Zwecken vorgenommen habe.

#### England.

Mit der ostasiatischen Frage beschäftigte sich wieder  
das englische Unterhaus in seiner Sitzung am Dienst-  
tag. Das Mitglied des Hauses Norman fragte an, ob  
Korea als unabhängiger Staat anerkannt wird.  
Unterstaatssekretär Carl Percy erwiderte „ja“. Norman  
fragte sodann, ob auch, falls Port Arthur von irgend  
einer anderen Macht als Rußland besetzt würde, die englische  
Bachung von Weihaiwei sofort aufhöre. Carl Percy er-  
widerte, durch die im Jahre 1898 abgeschlossene Konvention  
habe China seine Zustimmung dazu gegeben, daß Weihai-  
wei und die anliegenden Gewässer solange  
an England verpachtet werden, als Port  
Arthur im Besitze Rußlands verbleibe.

#### Lübeck und Bauerngehilfe.

Donnerstag, den 16. Juni.

Zugung ist fernzuhalten von Werftarbeitern aller  
Branchen nach Lübeck, baugewerblichen Arbeiter  
nach Cutin, Malente, Bremen und den Unter-  
weserorten, Tischlern nach Mölln, Schmieden und  
Kohlenarbeitern nach Hamburg.

Die Anstellung von Schulärzten ist eine Forderung,  
die seitens der hiesigen Sozialdemokratie auf Grund ihres  
Bürgerchaftswahl-Programms schon seit einer Reihe von  
Jahren erhoben worden ist. Leider hat man sich in den  
maßgebenden Kreisen unserer Stadtverwaltung, soweit  
uns bekannt geworden ist, noch nicht einmal mit dieser  
Frage beschäftigt. Es handelt sich hier allerdings zunächst  
nur um die Kinder des Proletariats, denen eine derartige  
Einrichtung zugute kommen würde. Wir glauben aber,  
daß sozial und human denkende Mitglieder unserer ge-  
setzgebenden Körperschaften bestrebt sein müßten, in hygieni-  
scher Beziehung für die minder bemittelten Schichten der  
Bevölkerung alles zu tun, was nur irgend getan werden  
kann. Und hierher gehört unter allen Umständen die An-  
stellung von Schulärzten. Die schulärztlichen Ermittlungen  
ermöglichen es, den Ausschluß von ansteckenden Krank-  
heiten, Ungeziefer und dergleichen rechtzeitig zu bewirken,  
die Fimierung von Ansteckungskeimen in die Schul-  
räume, die Infektion anderer Kinder zu verhindern und  
der Schließung von Schulen vorzubeugen.  
Die Beaufsichtigung der Schulkinder durch den Arzt führt  
auch zur Erkenntnis von Infektionsherden in den Familien  
und kann somit zu einer Kontrolle des öffent-  
lichen Gesundheitszustandes dienen. Wie auf  
gesundheitlichem Gebiete, so gewähren die schulärztlichen  
Feststellungen auch einen Einblick in die sozialen Verhält-  
nisse und zeigen der allgemeinen Wohlfahrtspflege die Wege  
für eine wirkungsvolle Ausübung.

Vorbildlich für Lübeck könnten hier die Städte  
Schleswig, Flensburg u. a. sein. In letzterer  
Stadt ist die Schularzt-Einrichtung jetzt auf sämtliche  
städtischen Volksschulen ausgedehnt worden. Der  
Kostenpunkt hierfür beziffert sich für 6 Schulärzte auf 3600  
Mark und außerdem auf 700 Mark für Formulare u. dgl.  
Die Kostenfrage könnte also in einer Stadt, wo man Tausende  
für ein Bismarck-Denkmal und für Staats-  
preise an Venus- und Regattafeste verausgabt,  
gar nicht in Betracht kommen. Hoffentlich tritt man jetzt  
einmal dieser Frage ernstlich näher.

Vermißt wird der Rentner Meinde, weohnhaft hier-  
selbst, in der Leterow-Bermardie befuhrte, und am  
Dienstag v. M. mit einer Jagdarte nach Lübeck versehen,  
von dort abgereist, aber in Lübeck nicht angekommen ist.  
Es ist ermittelt, daß M. in Bülow den Zug verlassen und  
sich dort etwas aufgehalten hat; feindlich steht jede Nach-  
richt von ihm. Herr M. ist 79 Jahre alt. Die Familie  
bittet durch öffentlichen Aufruf um Nachricht über den  
Verbleib an Wils. Meinde in Leterow.

Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich Dienstag  
abend in der Nähe von Tremis. Dort wurde das zwei-  
jährige Kind des Bahnwärters Kruse von dem 7.15 Uhr  
von hier nach Travemünde abgehenden Zuge zwischen die  
Schienen gestoßen und von der Maschine eine kurze Strecke  
mitgeschleift. Der Zug wurde so schnell wie möglich zum  
Stehen gebracht und das schwerverletzte Kind in die elter-  
liche Wohnung gebracht. Hier ist es nach etwa einer  
halben Stunde seinen Leiden erlegen. Der Polizeibericht  
meldet über den Fall: Am Dienstag den 14. ds. Mts.  
abends gegen 7.20 Uhr wurde der 1. Jahre alte  
Sohn des Bahnwärters Kruse von dem Be-  
sonnenauge Lübeck-Travemünde in der Nähe der Bahn-  
wärterhütte Nr. 25 unweit Tremis, erfasst und überfahren.  
Zertrümmerung des Schädels und schwere innere Ver-  
letzungen führten den Tod des Kindes augenblicklich her-  
bei. Der Knabe, welcher sich bei seiner in der Nähe auf  
dem Felde arbeitenden Mutter befand, war in einem un-  
bewachten Augenblick auf das Gleise geraten.

Eine Schiffskollision fand gestern morgen beim Behn-  
tai zwischen dem im Schlepptau befindlichen Dampfer  
„Arcona“ und dem Dampfer „Holland“ statt. Das Hinter-  
ende des letzteren stieß beim Schwojen mit dem Heck der  
„Arcona“ zusammen, wobei dieses beschädigt wurde. „Hal-  
land“ erlitt Geländerbrüche u.

**Uebersicht der Beschäftigungen, Geburten und Sterbe-  
fälle in der Stadt Lübeck im Monat Mai 1904.** Ge-  
bürtigungen fanden statt 69. Geboren sind  
215 Kinder, davon 106 männlichen, 109 weiblichen Ge-  
schlechts, todtgeboren 2 Knaben, 1 Mädchen. Gestorben  
sind 70 Personen männlichen, 55 weiblichen Geschlechts, in  
Summe 125. Demnach Ueberschuß an Geburten 36 resp. 54,  
insgesamt 90. Auf 1000 Einwohner waren 2824 Ge-  
burten, 1642 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Ge-  
storbenen waren alt bis zu 1 Jahre 28, von 1-5 Jahren  
9, bis zu 10 Jahren: 2, bis zu 15: 2, bis zu 20: 4, bis  
30: 6, bis zu 40: 7, bis zu 50: 9, bis zu 60: 13,  
bis zu 70: 19, bis zu 80: 20, bis zu 90: 6, über 90  
Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 0,  
Rendhusten in 3, Tuberkulose in 12, Lungenerkrankung  
in 10, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 11,  
Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie  
der Kinder in 11, Folgen des Wochenbetts in 1, Krebs in  
14, angeborene Lebensschwäche in 6, Altersschwäche in 7,  
Unglücksfall in 1, Selbstmord in 3, Gelenkrheumatismus

in 1, Herzleiden in 9, Krämpfe in 2, Nierenleiden in 2,  
Wasserlucht in 0, Schlagfluß in 9, Typhus in 0, Masern  
in 0, Scharlach in 0, Milzbrand in 0, übrige benannte  
Krankheiten in 18, und unbekannt in 5 Fällen. Von den  
Gestorbenen entfielen auf die Stadt 50, Vorstadt St. Jürgen  
12, St. Lorenz 29, St. Gertrud 16, in Krankenanstal-  
ten 18.

**Vom Hafen.** Auf dem Seewege gelangten im Mai  
172 Dampfer und 115 Segler und auf dem Kanalwege  
165 Fahrzeuge nach hier. Im gleichen Monat wurden  
seewärts 512 Kinder, 20 Kälber und 146 Schafe eingeführt.  
Darunter 72 Kinder und 1 Kalb aus Schleswig-Holstein.  
pb. **Schadenfeuer.** Gestern vormittag entstand in dem  
Hause Glockengießerstraße 77 5 folgend mangelhafter Ofen-  
anlage ein kleines Schadenfeuer, welches durch die alarmierte  
Feuerwehr baldigt gelöscht wurde.

pb. **Eigentumsvergehen.** Einem Hausdiener einer  
hiesigen Herberge wurden gestern Mittag aus seinem Lo-  
gis in der Zeit von 11-3 Uhr ein vollständiger neuer  
schwarzer Jacket-Anzug und eine grau gestreifte Hose ge-  
stohlen.

**Travemünde.** In einer Volksversammlung,  
die hier gestern Abend in Köhlers Kaffeehaus, referierte  
Genosse Stellung-Lübeck über „Die geplante Wahl-  
rechtsverflechtung im Meise und in Lübeck.“ Der Vor-  
trag wurde von den etwa 50 Erschienenen mit lebhaftem  
Beifall aufgenommen. Die Versammlung endete mit einem  
begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemo-  
kratie.

**Cutin.** Zu der Aussperrung im Bau-  
gewerbe, die wir gestern bereits kurz erwähnten, wird  
uns von unserem r.-Korrespondenten noch folgendes ge-  
meldet: Borige Woche stellten die Bauarbeiter in Malente  
bei 2 Meistern die Forderung auf Erhöhung des Stunden-  
lohnes von 32 auf 35 Pfg. Da die Meister diese Forde-  
rung kurz ablehnten, erfolgte die Arbeitseinstellung. Als  
nun die bei dem einen Meister, Gärz, beschäftigten  
Maurer an diesen die Frage richteten, was sie jetzt an-  
fangen sollten, erklärte ihnen dieser: „Geht auch nur nach  
Hause.“ Aus Solidarität legten dann auch die bei dem  
zweiten Meister beschäftigten Maurer die Arbeit nieder.  
Nun suchten die Malenter Meister an den Maurern und  
Arbeitern ihr Mitleid zu fühlen. Die Innung „Bauhütte“  
wurde mobil gemacht und faßte den Beschluß: 1) Die  
Arbeit ist bei den beiden Meistern in Malente wieder zu  
den alten Bedingungen aufzunehmen; 2) Geschieht das  
nicht bis zum Dienstag, den 14. Juni, dann werden  
sämtliche Maurer und Bauarbeiter des  
Innungsbezirkes Cutin entlassen. Da die  
Maurer und Bauarbeiter dieser Aufforderung zur be-  
dingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit nicht nach-  
kamen, erfolgte Dienstag Morgen die Aussperrung.  
Die Aussperrten fordern nun bei sämtlichen Meistern  
für Maurer einen Stundenlohn von 45 Pfg., sowie 5 Pfg.  
Aufschlag für Landarbeit, und für Bauarbeiter einen  
solchen von 35 Pfg. Inzwischen hat sich der Zimmer-  
meister Sieffen in Malente, über dessen Bauplatz  
seit Januar die Sperre verhängt ist, als 28. der Innung  
angegeschlossen. Flugs machte diese die Sache des bedrängten  
Zimmermeisters zu ihrer eigenen und verlangt jetzt auch  
die Aufhebung der Sperre. So ist also auch noch  
eine Aussperrung der Zimmerer zu gewärtigen. — Wie  
uns seitens des Gauleiters der Maurer mitgeteilt  
wird, sind von der Aussperrung bis jetzt 43 Maurer betroffen,  
darunter 30 Verheiratete mit 55 Kindern. 30  
Maurer stehen noch bei Nichtinnungsmeistern in Arbeit.  
Anderweitig in Arbeit getreten sind 10, abgereist sind 7  
Maurer. Die Maurer haben obige Forderung auf Er-  
höhung des Stundenlohnes von 45 Pfg. u. auch den  
Nichtinnungsmeistern unterbreitet, mit dem Er-  
suchen, sich bis kommenden Sonnabend zu entscheiden.  
Eine Ablehnung dürfte eine Arbeitseinstellung der übrigen  
Maurer am Montag zur Folge haben. Die Stimmung  
der Ausständigen resp. Aussperrten ist gut und dürfte  
ein Erfolg nicht ausgeschlossen sein, wenn es gelingt, den  
Zugung von baugewerblichen Arbeitern nach  
Cutin und Malente fernzuhalten. Das Unter-  
nehmen holt allenthalben zum Schlags gegen die Ge-  
werkschaften aus. Das sollte alle den Organisationen  
noch fernstehenden Arbeiter veranlassen, mit ihren Arbeits-  
brüdern gemeinsame Sache zu machen, um so dem prohen-  
haften Scharfmachertum ein entschiedenes Paroli bieten zu  
können.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** In der Fabrik  
der Maschinenfabrik-Import-A.-G. in Hamburg kam ein  
Großfeuer zum Ausbruch. Der Schaden ist bedeutend. —  
Die in der Lindenstraße in Altona wohnende Ehefrau  
des Schuhmachers Kuschel wurde mit schweren, von  
Messerstichen herrührenden Wunden am Unterleibe in ihrer  
Wohnung aufgefunden. Als Täter bezeichnet sie ihren  
eigenen Mann, der flüchtig ist. Der Zustand der Unglück-  
lichen ist sehr bedenklich. — Beim Baden in einer Mergel-  
grube ertrank in Diehlof bei Prontorf der neunjährige  
Sohn des Arbeiters Weiphal. — In Celle sind kurz  
hintereinander mehrere Fälle von Genickstarre vorge-  
kommen.

**Hamburg.** Zum Schmiedestreit in Hamburg-  
Altona wird geschrieben: Seit langer Zeit hat sich unter  
den hiesigen Fuß- und Wagenschmieden das Bestreben ge-  
zeigt, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Zu  
diesem Zweck hatten sie ihre Gesellenausschüsse beauftragt,  
bei den Innungen vorstellig zu werden und denselben  
einige minimale Forderungen zu unterbreiten. Jedoch  
konnten sich bis dato die Herren Schmiedemeister nicht ent-  
schließen, einem Minimalverdienst von 24 Mark pro Woche  
zuzustimmen. Als nun noch die Hamburger Innung den  
Gewaltstreik machte und Änderungen im Statut vor-  
nahm, wonach dem Gesellenausschuß das Recht genommen  
wurde, sich am Arbeitsnachweis zu beteiligen, hatte der  
Unmut unter den Gesellen seinen Gipfel erreicht. Man be-  
schloß in öffentlichen Versammlungen, einen Tarif an die  
Innungen einzuliefern und diesen Tarif mit Nachdruck  
durchzusetzen. Die Antwort auf den Tarif war eine ab-  
lehrende, jedoch sollte in Unterhandlungen eingetreten  
werden. Aber auch die Unterhandlungen, welche zwischen  
den Innungsvorständen und den Gesellenausschüssen statt-  
fanden, brachten keinen Frieden, denn hier wurde den  
Ausschüssen bekannt gegeben, daß Zugeständnisse nicht ge-  
macht werden könnten, sondern nur die Gründe ange-  
geben würden, weshalb die Forderungen abgelehnt  
seien. Die öffentliche Schmiedegellen-Versammlung  
am 10. Juni 1904 konnte jedoch nicht die Ueber-  
zeugung gewinnen, daß wirklich Gründe vorhanden  
sind, einen Minimallohn von 24 Mt. pro Woche und eine  
9 1/2 stündige Arbeitszeit abzulehnen. Im Gegenteil, die  
Schmiede waren der Meinung, daß die Forderungen viel  
zu gering seien und unter allen Umständen hochgehalten  
werden müßten. Demzufolge wurde beschlossen, am Mon-  
tag, den 13. Juni, die Arbeit zu verweigern.

**Fleisch.** Der 26. Bezirkstag der Fleischer-  
innungen von Schleswig-Holstein, Lauenburg und  
Lübeck, der hier tagte, hat folgende Resolution angenom-  
men: Die heute in Flehde verammelte Delegierten  
der Fleischernnung des Bezirks Schleswig-Holstein, Lauen-



burg und Lübeck erklären, daß sie mit dem Vorgehen des Vorstandes des Deutschen Fleischerverbandes in bezug auf Ermäßigung der Fleischbeschaugebühren einverstanden sind, und bringen dem Vorstand das vollste Vertrauen entgegen. Die Gründung eines Verbandes der Nicht-Schlachthofmeister kann die Verammlung nicht empfehlen, da ein solches Vorgehen nur eine Spaltung der Interessen des Schlachter-Gewerbes herbeiführen würde.

**Kleinburg.** Rechtsondere Ansichten von seinen Aufgaben als Stellvertreter Gottes scheint der Unteroffizier Eismann von der 9. Kompanie des Regiments „Königin“ in Sonderburg gehabt zu haben. Derselbe hatte sich nämlich vor dem Kriegsgericht der 18. Division wegen vorsätzlicher tätlicher Beleidigung und körperlicher Mißhandlung eines Untergehobenen zu verantworten. Das Opfer seiner rohen und gemeinen Handlungsweise war der Fälscher Wichmann. Die tätlichen Manipulationen waren nach den vorliegenden Zeitungsmeldungen derart, daß sie öffentlich nicht wiederzugeben sind. Die Mißhandlungen bestanden in Faustschlägen ins Gesicht, jedoch der Geschlagene stark blutete, selbst aber auf Geheiß seines Weingers die Blutspuren fortzuschaffen anstrebte. Die Sache ist von dritter Seite zur Anzeige gebracht worden. Der Angeklagte war wiederholt von seinem Hauptmann vor Mißhandlungen gewarnt worden. Das Gericht erkannte in nichtöffentlicher Verhandlung auf 8 Monate 14 Tage Gefängnis und Degradation.

**Gästrow.** Schwurgericht. Am Montag wurde verhandelt gegen die Landwirte Hermann und Martin Lehmann aus Kiez, beide in Barchim gebürtig. Dieselben waren angeklagt, in der Nacht vom 25. zum 26. Januar d. J. die völlig niedergebrannte Erbpachtstelle Nr. 4 in Kiez gemeinschaftlich vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben. Die Angeklagten bestritten dies entschieden. Der Angeklagte Hermann Lehmann hielt seine Ehefrau, mit der er nicht besonders gut lebte, für die Brandstifterin. Zur Verhandlung waren 61 Zeugen geladen. Nach 14stündiger Verhandlung wurden beide Angeklagte freigesprochen. — Ahermals zum Tode verurteilt wurde der Kuchnecht Robert Baumer, der am 22. Juli 1902 aus Rache gegen seinen Arbeitgeber, den Erbpächter Thees in Siegendorf, dessen 2-jährigen Sohn ermordet hatte. B. war bereits am 9. September 1902 wegen desselben Mordes zum Tode verurteilt worden; nachdem dieses Urteil rechtskräftig geworden war, tauchten Zweifel darüber auf, ob der Verurteilte als eine geistig normale Persönlichkeit anzusehen sei und es wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Wiedererhebung des Verfahrens durch Gerichtsbeschluß angeordnet. Der Angeklagte gab im Termin den Mord zu, behauptete aber, betrunken gewesen zu sein. Infolge eines Streites mit seinem Arbeitgeber hat er nach seiner eigenen Angabe das Kind in die Scheune gelockt und ihm die Kehle zugehackt. — Am Mittwoch wurde verhandelt gegen die Arbeiterfrau Karoline Schöner aus Schwerin, welche angeklagt war, am 1. März 1904 das in der Brunnenstraße 1 zu Schwerin belegene Wohnhaus des Handlers Radeck vorsätzlich in Brand gesteckt und dem in diesem Hause wohnenden Arbeiter Krüger mehrere Sachen entwendet zu haben. Die Angeklagte war geständig, will das Feuer aber infolge eines Vergehens veranlaßt haben. Unter Bewilligung mildernder Umstände wurde sie zu 2 Jahren 2 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft an-

gerechnet werden. — Der Arbeiter H. Mahnde in Ströpseln wurde sodann wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Bremen.** Die Maurermeister haben die Forderungen der Maurer abgelehnt, worauf Dienstagabend mit 878 gegen 72 Stimmen der Streik proklamiert wurde. Das für den Streik festgesetzte Gebiet umfaßt die Stadt Bremen, Gmelingen, Sebaldsbrück, Dölsbushausen, Gramble, Nablinghausen, Santenau und Seehausen. Am Streik beteiligt sind: 554 Zimmerer, 1107 Maurer, 1133 Bauarbeiter, im ganzen 2868 Personen. Die Arbeit ruht auf allen Bauten vollständig.

### Letzte Nachrichten.

**Bozen.** Die schwarzen Boden wurden hier amtlich festgestellt. Die Krankheit schlepte die Gattin eines Arztes bei der Rückkehr aus russisch-Bozen ein. Umfassende Abwehrmaßnahmen sind getroffen worden.

**Berlin.** Als mutmaßlicher Mörder der neun-jährigen Lucie Berlin wurde der 38 Jahre alte frühere Versicherungsbeamte, jetzige Zuhälter Otto Lenz verhaftet. Der fehlende Kopf und die arme Lucie Berlins wurden Mittwochnachmittag am Hafen in Blögensee gefunden und nach der Leichenhalle in Blögensee gebracht. Sie ist bereits von den Eltern rekonstruiert worden. — Vermutlich durch Funkenauswurf eines vorbeifahrenden Ringbahnzuges wurden Mittwochnachmittag die auf den eisenbahnseitigen Lagerplätzen neben dem Bahnhof Putzstraße und dem Güterbahnhof Moabit lagernden neuen Eisenbahnwagen der Lehrter Bahn in Brand gesetzt. Durch die schnelle Entwicklung des Feuers mußte der Verkehr auf den Ringbahnstrecken zwischen Gesundbrunnen und Beuthstraße, sowie Lehrter Hauptbahnhof und Spandau mehrere Stunden eingestellt werden. Durch den Brand sind umfangreiche Schwelmenstapel vernichtet worden.

**Gelsenkirchen.** Mord. Zwei Burschen überfielen ohne jede Veranlassung eine Frau namens Kraft und töteten sie durch drei Messerschläge. Die Mörder entkamen.

**Nagel.** Eisenbahnunglück. Bei Montjoie stießen zwei Güterzüge an einer Kurve zusammen. Ein Zugführer wurde erheblich, acht Personen leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Köln.** Räuberischer Mordfall. Auf einen in Cöln beschäftigten jungen Mann aus Köln wurden Montagabend auf dem Heimwege, kurz vor Weilerstraße, wo jüngst die Gastwirtin Gottlob ermordet wurde, durch einen Unbekannten aus einer Wadung heraus drei Revolverkugeln abgegeben. Der Unbekannte sprang hinzu, plünderte den schwer Verletzten vollständig aus und überließ ihn dann seinem Schicksal. Später wurde der Verletzte aufgefunden und dem Hospital übergeben, wo er bald darauf starb.

**Würzburg.** Risiko der Arbeit. Auf einem Neubau in Laubersheim stürzten vier Arbeiter mit einer Erdschicht in die Tiefe. Einer ist tot, die anderen sind schwer verletzt.

**Saarbrücken.** Eine Falchmünzermaschine wurde von der Polizei in einem Hause an der St. Johanner Marktstraße entbedt. Die Polizei fand Formen und Gipsabdrucke. Der Inhaber der Werkstatt, Uhrmacher Gittel, ist flüchtig.

**Stagenfurt.** Eine große Erdlawine ist in der Nähe von Hüttenberg niedergegangen. Durch die dadurch

verursachte Stauung des Steierbaches ist der genannte Ort gefährdet.

**Mailand.** Die Opfer der Lawine. Von den bei Pragellato in Piemont Ende April durch Lawinen Verschütteten sind infolge der Schneeschmelze weitere elf Leichname aufgefunden worden. Es fehlen noch 32.

**Rom.** Mord auf offener Straße. Auf einer belebten Straße in Palermo schoß der Ingenieur Mainone den Arzt Starzello nieder. Der offenbar wahnsinnige Angreifer gab an, er habe sich rächen wollen, weil ihm der Arzt bei einer Operation die Tuberkulose eingepflanzt habe.

**Aden.** Aden ist für pestverleugert erklärt worden.

**New York.** Furchtbare Brandkatastrophe auf einem Dampfer. Der Dampfer „General Slocum“, auf dem Sonntagsschule der deutschen, lutherischen St. Markuskirche einen Ausflug machte, geriet auf dem Caspischen Meer in Brand und brannte aus. Mehrere hundert Menschen — man spricht von 500 —, meist Kinder, sollen umgekommen sein. Die Zahl der Personen, die an Bord des Dampfers sich befanden, beträgt etwa tausend, fast sämtlich Frauen und Kinder. Während des Brandes sprangen etwa 100 derselben über Bord. Viele Leichen wurden schon ans Land gespült. Die meisten Verunglückten sind in dessen dem Feuer an Bord zum Opfer gefallen. Das Feuer verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit, daß es unmöglich war, die Boote herabzulassen. Die Felsen an beiden Seiten des Hell-Gate machten es zur Unmöglichkeit, das Schiff aufzulassen zu lassen. Daher wurde es durch Schleppdampfer nach der Northbrother-Insel bugsiert und dort auf den Strand gesetzt. Das Sturmbes des Schiffes brach bald zusammen. Ein Augenzeuge befand sich: Der Dampfer fuhr, mit der Dampfpeise Notsignale gebend, den Fluß hinauf. Vom Deck deselben sah ich 50-100 Personen, meist Frauen und Kinder, ins Wasser springen. Ehe das Schiff nach der Northbrother-Insel zugeschleppt wurde, war seine Lage so, daß niemand durch Schwimmen das Ufer erreichen konnte. Viele Personen, die sich vor dem Zusammenbrechen des Sturmbes auf diesem befanden, mußten in den Flammen umgekommen sein.

### Lübeker Marktpreise vom 15. Juni.

Bavaria-Butter Pfd. 1,00 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,10 Mk., Gansen Stk. — Mk., Enten Stk. 3,50 Mk., Hühner Stk. 1,70 Mk., Küken Stk. 1,20 Mk., Lauben Stk. 0,50 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Gänse — Mk., Schweinstock, Pfd. 0,40 Mk., Schinken Pfd. 0,90 Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk., Eier 11 Stk. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Karotten Pfd. — Pf., Karawischen Pfd. 30 Pf., Geste Pfd. 60 Pf., Barische Pfd. 60 Pf., Mal Pfd. 0,90 Mk.

### Lübeker Getreidepreise vom 15. Juni.

Weizen 122/30 Pfd. holl., Mt. 15,50-16,50, Roggen 118/126 Pfd. holl., Mt. 12,50-13,50, Gerste Mt. 13,50-14,50, Futtergerste Mt. 12,50-13,00, Erbsen, Koch, Mt. 18,00 bis 23,00, Futtererbsen Mt. 15,00-15,50, Hafer Mt. 12,50-14,50, Alles per 100 kg Netto.

### Sternschau-Viehmarkt.

Hamburg, 15. Juni.

Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 510 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Verlandtschweine, schwere 47-48 Mk., leichte 48-50 Mk., Sauen 38-45 Mk. und Ferkel 44-47 Mk. pro 100 Pfund.

### Gesucht zum 1. Okt. 1 Wohnung

2 Zimmer und Zubehör. Angeb mit Preisang. n. A 21 a. d. Gz. Gesucht zum 1. Juli

### ein Hausbursche.

Heinr. Rosenberg, Mühlenstraße 10.

### Zu verkauf. ein Schaufelherd

Endwiegstraße 43.

### Briefkasten und Kaninchen

zu verkaufen. Adlerstraße 35 b.

### Zu verk. ein guter Kinderwagen

Glockengießerstraße 64 10.

### Zu verkaufen ein Sopha billig

Klosterstraße 62, 2. Et.

### Wiedervertäufert! Gute Bezugsquelle bezug

Sonstige Salzheringe, n. Anchovie, halbbauer Salzheringe, vieler Sorten Käse, feinsten Fruchtsäfte sowie des überall beliebten nach alter bewährter Bunge'scher Methode hergestellten Gings und Gingsbräu in die Firma H. L. Wiegels

born J. C. Bunge, Eingetrag. geg. 1885.

### Friedr. Paetau

27 Mühlenstr. 27.

Speisbratenischmal; Pfd. 60 Pf.

Bratenischmal; Pfd. 40 Pf.

Pa. Fleisch; Pfd. 55 Pf.

Blutwurst; Pfd. 50 Pf.

1 Pöschel ger. Würst; Pfd. 80 Pf.

sowie sämtliche Würstwaren zu billigsten Preisen.

### Fahnen

Reinecke, Hannover.

### Goldene u. silb. Uhren

gut und billig. L. S. Barck, Mühlenstraße 35.

### Herm. Hartog

Mühlengasse

Kaufstraße, unterh. der Glockengießerstr.

Verkauf von aller weltbekanntesten Abbruch-Materialien.

Tannen und Kiefern-Kranzholz.

Eröffnung von 8-9 und 11-12 Uhr geöffnet.

Januar 1888.

## Schulschreibhefte

in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 50.

Bestellungen nehmen auch unsere Kolporteurs u. Austräger entgegen.

## Der Zukunftsstaat der Junter

Monatsschriften gegen die Sozialdemokratie

im Preussischen Herrenhaus am 11. und 13. Mai 1904.

Mit Einleitung und Anmerkungen von Kurt Eisner.

So enthält sich das 2. Heft der Sozialdemokratischen Agitations-Bibliothek und ist zum Preise von 20 Pf. zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. und deren Kolporteurs

## Von der internationalen Bibliothek

erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren, geb. Mk. 2,—  
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage, " " 2,50  
Bebel, Charles Fourier, " " 2,50  
Stern, Philosophie Spinoza's, " " 1,50  
Kautsky, Das Ernter Programm, " " 2,00  
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, " " 2,50  
Stepniak, Der russische Bauer, " " 2,—  
Mehring, Die Leffing-Legende, " " 3,50  
H. Lux, E. Cabet und der ikarische Kommunismus " " 2,—  
Plechanow, R. G. Tschernichewsky, " " 3,—  
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft " " 3,—  
Dietzgen, Das Axiom der Philosophie und Briefe über Logik " " 2,—  
C. Hugo, Die englische Gewerkebewegung " " 2,—  
K. Marx, Revolution und Counter-Revolution in Deutschland " " 2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 50.

### Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 Otto Albers 10.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen . . . 1,80-6,45

Maurerhosen . . . 2,60-6,75

Schlosserhosen . . . 1,88-5,25

Ueberziehhosen . . . 0,88-2,35

Zwirn-Hosen . . . 1,38-3,25

leinere Sachen, schräge und gerade, 1,23

Rägen, Fenden, Schlachterjaden, Frierjaden,

Malen-Mäntel erstaunlich billig.

Rühen von 30 Pf. bis 1,88 Mk.

Ich empfehle mein neues Bremsfabrikwerk.

H. Danielsen, Alshöhe 17.

### Lübeck-Neustadt i. H.

und zurück

per Salondampfer „Fehmarn“

am Sonntag den 19. Juni.

Veranstaltet v. Buchdruckerverein in Lübeck

zur Feier des Johannistages.

Ab Lübeck: 10.30 Uhr vorm.

Ab Neustadt: 8.00 Uhr abends.

Fahrtpreis: 1.50 Mk.

inkl. Teilnahme an den sonst. Veranstaltung.

Karten sind, soweit noch Platz vorhanden, erhältlich bei Herrn Joh. Körner,

Druckerei des „Lüb. Volksbote“, Johannisstr.

### Achtung!

### Brauereiarbeiter!

### Ausflug nach Rakeburg

(Dölle's Etablissement)

am Sonntag den 19. Juni d. Js.

Abfahrt 1.10 Uhr nachm.

Rückfahrt 11.15 Uhr abends.

Herren-Karten 50 Pf., Damen frei.

Das Komitee.

NB. Die Festteilnehmer werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Zug 20 Minuten früher fährt, wie auf den Karten angegeben ist. Fahrkarten sind von 12.30 Uhr ab am Bahnhofsamtgang vom Komitee zu haben.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Abteil. Lübeck und Nachbargebiete sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. — Verantwortlicher Redakteur für die Abteil. Lübeck und Nachbargebiete sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellingsma. — Druck: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Samstags in Lübeck.



## Das Urteil des Schiedsgerichts in Sachen Heinrich Braun

wird nunmehr im „Vorwärts“ veröffentlicht. Es hat diesen Wortlaut:

Der Genosse Freiwaldt in Pantow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen Dr. Heinrich Braun den Ausschluß aus der Partei. Der Parteivorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Fuchs, Grauer, Maasß und Wels, die angeklagte Partei die Genossen Faber, Frankfurt a. O., Felber, Finsterwalde, Müller-München und R. Schmidt-Berlin. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen H. Dieß.

Das Urteil wurde am 10. Juni 1904 gefällt. Es lautet: Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß Genosse Dr. H. Braun sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, der Antrag des Genossen Freiwaldt auf Ausschluß des Genossen Dr. H. Braun aus der Partei wird hiermit abgelehnt. Berlin, den 10. Juni 1904.

Dito Wels. Adolf Müller. Emil Faber. Eduard Fuchs. D. Grauer. Robert Felber. Robert Schmidt. Benno Maasß. H. Dieß.

Die Anklage lautet: I. a) Dr. Braun soll mit Berngard, Göhre und Heine das Belügen von Parteigenossen durch den Artikel „Partei-moral“ bezwecklich durch ihre Beschwerde gegen eine gegen diese Moral sich wendende Kritik der „Neuen Zeit“ für zulässig erklärt und empfohlen haben;

b) die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei durch ihre Beschwerde und ihr weiteres Vorgehen gegen die „Neue Zeit“ sowie gegen Mehring zu unterdrücken versucht haben.

Das Schiedsgericht kommt auch in diesem Falle, wie in den früheren Fällen, zu der Ansicht, daß es Brauns Recht war, sich beschwerdeführend an den Parteivorstand zu wenden. Daß Brauns Voraussetzungen und tatsächliche Gründe bezüglich der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht zutreffend waren, sondern die Auffassung des Parteivorstandes, ist durch die Annahme des Antrages 7 auf dem Dresdener Parteitag bestätigt worden.

II. a) Den Genossen Mehring hinterlistig überfallen zu haben;

b) diesen Überfall ausgeführt zu haben, um Herrn Harden einen Gefallen zu erweisen und um darüber hinaus Mehring in seinem politischen und literarischen Wirken lahmzulegen und andere Parteigenossen abzuschrecken, gegen ähnliche parteischädigende Artikel oder Handlungen, wie es der Parteimoral-Artikel war, vorzugehen;

c) Parteiverrat durch Konspirieren mit Harden gegen einzelne Genossen und gegen die Partei, und zwar zugunsten der von Herrn Harden verfolgten Tendenz geübt zu haben;

d) den Parteitag gefälscht und angelogen zu haben;

e) unfruchtlich und unredlich gegen den Parteitag und gegen Harden gehandelt zu haben.

Was das Komplott anlangt, so ergaben die früheren Verhandlungen, wie auch die gegen Braun geführten, nicht genügend Anhaltspunkte, wodurch ein Komplott nachgewiesen war, dahingehend: durch ein gemeinsam verabredetes Vorgehen gegen Mehring diesen in seinem literarischen und politischen Wirken lahmzulegen. Zu konstatieren blieb indessen, daß bei Braun ein tiefer Haß gegen Mehring seit langem eingewurzelt war. Der Umgang Brauns und Genossen mit Harden legte dem Ankläger die Vermutung nahe, als seien die Angriffe komplottmäßig vorbereitet, während in der Tat

jeder für sich vorging, allerdings mit dem gleichen Vorhaben, Mehring anzugreifen, wie es in Dresden geschehen ist.

Eine Verabredung zwischen Mann und Frau ist kein Komplott, selbst dann kann ein solches auch nicht konstruiert werden, wenn ein dritter hinzutritt, in diesem Falle Harden, der aber in einer Zusammenkunft in der Wohnung Brauns auf die Frage Brauns, ob er (Harden) Mehring verlagen wolle, dieses verneinte. Harden nennt diesen Vorgang, wie er sich am 21. März 1903 unbestritten abspielte, einen „Kriegsrat“. Braun nennt diese Zusammenkunft einen Vorgang, der aus freundschaftlichen Beziehungen herausgewachsen und sich zu einer Art Interessengemeinschaft mit Harden herausgebildet hatte, da beide von Mehring arggegriffen wurden.

Eine ehrlose Handlung kann das Schiedsgericht in dieser Zusammenkunft nicht erblicken, wohl aber eine grobe Taktlosigkeit, und es muß dem Genossen Braun dafür den schärfsten Tadel aussprechen, daß er sich in seinem Haß gegen Mehring so weit vergaß und einen politischen Gegner zur Abwehr gegen den ihm unbequemen Genossen heranzuziehen versuchte; zu mißbilligen ist ferner, daß Braun sich in einer Korrespondenz mit Harden absprechend über einzelne Parteigenossen äußerte.

Die Äußerung Brauns auf dem Parteitag: „Ueber die „Zukunft“ kann ich ganz unbefangenen sprechen, denn ich für meine Person habe nie eine Zeile darin veröffentlicht, obwohl ich vielmals ein Dutzendmal von dem Herausgeber dazu aufgefordert worden bin,“ ist richtig und unrichtig. Braun hat zu wiederholten Malen der „Zukunft“ Artikel angeboten, — wenn es also nach dem Willen Brauns gegangen wäre, so wären die Artikel in der „Zukunft“ abgedruckt worden. Es ist stets etwas dazwischen gekommen. Ist auch durch die Ausführungen Brauns der Parteitag nicht direkt angelogen worden, so hat Braun es doch unterlassen, dem Parteitag Kenntnis von dem wirklichen Sachverhalt zu geben.

Es ist nicht bewiesen, daß Braun bereits im Jahre 1887 Kenntnis von den Gartenlauben-Artikeln und den Verhandlungen des Reichstags 1880 (Rede Hafenclevers über den Fall Mehring) gehabt hat, wie es die Anklageschrift behauptet. — ebensowenig ist es bewiesen, daß Braun bis Ende März 1903 diese Kenntnis besessen hat. Bewiesen ist dagegen, daß Braun erst einige Monate vor dem Dresdener Parteitag Kenntnis von den Artikeln und usw. erlangte. Es ist auch bewiesen worden, daß alle Personen, die Braun um Rat fragte (soweit dies zur Kenntnis des Schiedsgerichts gelangte), ihm, zum Teil aus Zweckmäßigkeitsgründen, abriet, gegen Mehring in der bekannten Weise auf dem Dresdener Parteitag vorzugehen.

Braun tat dies dennoch, obwohl er wissen mußte, daß durch sein Vorgehen selbst die Gesplogheiten bürgerlicher Kreise, geschweige denn die Gesplogheiten der Partei verlegt werden.

Wie Braun selbst zugibt, war er zu diesem auch an sich zu verurteilenden Vorgehen nicht der geeignete Mann, da er (Braun) den Genossen Mehring, dessen frühere literarischen Sünden er kannte, der Partei wieder zuführte.

Wenn Braun nachträglich sagt, er hätte dies unterlassen, wenn er die ganze literarische Vergangenheit Mehrings gekannt hätte, so ist das wenig glaubwürdig; Brauns begeisterte Anpreisungen Mehrings (siehe die Briefe Brauns an Rauply aus jener Zeit) beweisen zur Genüge, daß es ihm damals auf etwas mehr oder weniger nicht angekommen wäre.

Dem Genossen Braun ist für sein Vorgehen auf dem Dresdener Parteitag eine scharfe Rüge auszusprechen.

Die Rechtsmittel, die unsere Partei bietet, waren durch die Abweisung der Beschwerde Braun und Genossen durch

den Parteivorstand noch nicht erschöpft. Braun konnte, wenn er Mehrings jetzige literarische Tätigkeit in der „Neuen Zeit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ für parteischädigend hielt, gegen Mehring ein Schiedsgericht beantragen und diesem sein Material unterbreiten.

III. Gegen den Genossen Dr. H. Braun wird ferner der Vorwurf erhoben, durch die Art der Gründung der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ versucht zu haben, die Parteigenossen zu betrügen.

Das Schiedsgericht lehnt das Eingehen auf diesen Punkt der Anklage ab, da nachgewiesen ist, daß Braun mit der Gründung seiner Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ nicht die Absicht gehabt habe, die Parteigenossen zu betrügen.

Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß § 2 Absatz 1 des Organisationsstatuts auf den Genossen Dr. H. Braun zur Anwendung kommen kann. Es wurde daher wie vorstehend erkannt.

Berlin, den 10. Juni 1904.  
D. Grauer. Benno Maasß. Robert Schmidt.  
Robert Felber. Adolf Müller. Eduard Fuchs. Otto Wels.  
H. Dieß. Emil Faber.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In Burg bei Magdeburg haben in der Tischlerei von Gräbe elf Mann wegen Lohnreduktionen die Arbeit niedergelegt. — Bei der Firma Langensiepen in Budau-Magdeburg traten Dienstag 120 Dreher, Schlosser, Bohrer, Hobler, Maler, Tischler u. in den Ausstand. — In Antwerpen sind am Montag fast alle Diamantarbeiter wieder in Arbeit getreten. Nur ein Viertel der Fabriken liegt noch still, weil die betreffenden Unternehmer wohl nur 57 Stunden wöchentlich arbeiten lassen wollen, jedoch Montags sieben Stunden und an den anderen Wochentagen zehn Stunden. Diese Differenz wird aber wohl bald überwunden werden.

Eine bemerkenswerte Entscheidung über die Bedeutung von Tarifverträgen hat das Gewerbegericht in Solingen in einer Klage, die 15 Maurer gegen einen Bauunternehmer auf Zahlung von Restlohn angestrengt hatten, gefällt. Die Kläger waren von dem Unternehmer für Neubauten in Dpladen mit 47 Pf. Stundenlohn bei einjährigem Kontrakte eingestellt, indes schon bald nach Solingen genommen worden, wo zwischen dem Bau-gewerksverein, dem auch der Beklagte angehört, und dem örtlichen Maurerverbande eine Tarifgemeinschaft mit 50 Pfennig Stundenlohn und Ausschluß jeder Kündigung besteht. Die Maurer verlangten nunmehr in Solingen ebenfalls den tarifmäßigen Lohn, legten, als dieser verweigert wurde, die Arbeit nieder und wandten sich dann an das Gewerbegericht. Dieses entschied denn auch zu ihren Gunsten mit der Begründung, daß der für Dpladen abgeschlossene Vertrag durch die Verlegung der Arbeitsstelle nach Solingen, wo ein auch von dem Beklagten anerkannter Tarif bestünde, aufgehoben und dafür dieser Tarif maßgebend gewesen sei. Anders hätten Tarifverträge überhaupt keinen Wert, und es würde gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn man solche durch eine andere Auslegung des Sachverhaltes zu umgehen suche. Diese Urteilsbegründung zog ferner noch die Abweisung der Widerklage des Unternehmers auf Kontraktbruch nach sich.

**Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1903.** Nach dem vor kurzem erschienenen amtlichen Bericht über die englischen Trade Unions waren in dem vorigen Jahre 1 535 184 Arbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden organisiert. Gegenüber dem Jahre 1902 bedeutet dies eine Zunahme von nur 8315 Mitgliedern. Viel stärker als die Mitgliederzahl sind die Fonds der Gewerkschaften gestiegen. Die 589 Trade Unions verfügten am Ende des Jahres 1903 insgesamt über 4 809 383 Pfund Sterling (96 187 660 Mk.)

## Ein armer Edelmann.

Roman von Th. Gautier.

### 8. Fortsetzung.

Das Kücherverpersonal übte sich ebensowenig, als der offenbar fingierte Jagarriga. Das ganze Gefinde des Wirtshauses bestand aus einem hageren und halb kahlföpfigen großen Mädchen, die Mionetta genannt; aber diese idealen Gestalten belebten das Wirtshaus und reiferten die hohen Preise, welche Chirigurr auf die Rechnung setzte. Der Wirt glaubte selbst am Ende, so viele Diener zu haben, als er Namen lief, und war erstaunt, Niemanden als die Mionetta zu erblicken.

Sigognec verhielt sich schweigend, er zeigte auch keine Ungebuld; er hatte in der Nacht vorher gegessen. In den langen Entbehrungen seines Hungergeschlusses hatte er sich an einfehleckerische Kost gewöhnt, und dieses Verlangen nach Mäßigkeit setzte seinen mäßigen Magen in Erstaunen. Jhabella, Serafina klagten ebenfalls nicht, die Jugend ist nicht so erpicht auf die Genüsse der Tafel. Der Ratanmore, besorgt für seine Magerkeit, schien entzückt, denn er schnallte seinen Gürtel um ein Loch fester und doch klapperte der Dorn der Schnalle in dem Leber. Leander lächelte und zeigte seine Zähne, die Quenna hatte sich ergeben, sie lautete mechanisch mit ihren Riefen.

Das kleine Mädchen, welches am Ende der Bank schlief, erwachte nun und erhob sich. Man konnte nur das Gesicht erkennen, welches bis jetzt von den Haaren bedeckt gewesen war. Unter dem sonnenverbrannten Teint lagerte eine wachsbliche, matte, weiße Haut. Keine Farbe auf den Wangen, deren Knochen weit hervorragten. Auf den bläulichen Lippen, deren krankhaftes Lächeln Zähne von perlmuttartigem Weiß entdeckte, bildete die Haut schmale Falten. Alles Leben schien sich in die Augen gesüßet zu haben; die Magerkeit der Gestalt ließ sie doppelt so groß

erscheinen, und der breite Ring von Ruß, welcher sie umgab, verlieh ihnen einen fieberhaften und felsamen Glanz. Das Weiße in ihnen war heische blau gefärbt. Die Augäpfel schillerten in braunem Glanze und die doppelte Linie der dicken Wimpern zog einen tiefen Schatten über das Auge.

In diesem Momente drückten die Augen Verwunderung und ein wildes Staunen aus, sie festeten sich mit Starheit auf die Edelsteine Jhabellas und Serafinas, deren geringen Wert die kleine Wilde schwerlich ahnte. Das Flimmern einiger Stickerien von unedelm Goldbrokat, der trügerische Glanz eines Halsbandes von venetianischen Perlen, verfehlten sie in eine Art von Extase.

Ohne Zweifel hatte sie in ihrem Leben noch nie so herrliche Dinge gesehen. Ihre Nasenflügel bewegten sich, ein schwaches Rot flieg in ihre Wangen, ein farbloses Lächeln schwebte auf ihren Lippen, zuweilen unterbrochen durch ein schnelles, trockenes und fieberhaftes Zusammenklappen der Zähne.

Glücklicherweise beobachtete Niemand aus der Gesellschaft dieses arme Wesen mit seinen nervösen Zuckungen, denn sonst würde man erschrocken sein vor dem Ausdruck der Wildheit, der die Züge dieser bleifarbenen Maske belebte.

Nicht Herrin seiner Neugierde, erhob das Kind seine braune, affenartige Hand und betastete mit seinen Fingern das Kleid Jhabellas, eine Berührung, welche eine Art wollüstigen Vergnügens in ihm zu erregen schien. Dieser gerippte Sammet, diese Falten, waren dem kleinen Wesen etwas Neues, sie schienen ihm das Schönste hier auf Erden zu sein.

Obwohl die Berührung sehr leicht war, wendete sich Jhabella dennoch um, und bemerkte die Bewegung der Kleinen, der sie gutmütig zuwächelte. Sie beobachtet wissend, nahm das Kind einen blühenden Ausdruck an, der einer vollendeten Komödiantin Ehre gemacht haben würde und mit einer wahrhaft wehmütigen, von kindlichem Blick begleiteten

Stimme, sagte das Mädchen in ihrem Patois: „Das ist wie der Mantel der Mutter Gottes auf dem Altar.“ Dann senkte sie ihre Wimpern, deren schwarze Frangen bis auf die Augenwimpern herabgingen, lehnte die Schultern gegen das Rückenstück der Bank, faltete die Hände, kreuzte ihre Daumen und schien nach den Anstrengungen, die sie während des Tages gehabt haben mochte, zu schlummern.

Mionetta, das hageres Mädchen, erschien und verkündete, daß das Abendessen bereit sei. Man schritt in das Nebenzimmer.

Die Komödianten taten dem Küchenmeister Chirigurr alle Ehre an, und ohne die versprochenen Lederbissen zu finden, stillten sie ihren Hunger und Durst unter wahrhaft unzufriedenem Stöhnen. Als man sich vom Tisch erhob, erschallte Hundegebell und Pferdegetrappel vor der Herberge. Drei mit großer Bestimmtheit gegen die Pforte getane Schläge verkündeten die Ankunft eines Reitenden, der nicht gewohnt war, vernachlässigt zu werden. Mionetta eilte zur Tür, zog den Niegel auf, und es trat ein Kavaller herein, der ihr beinahe den Türflügel ins Gesicht schlug. Ein Hundel wurde umgabt ihn. Sie rannten die Magd fast zu Boden und verteilten sich springend, schnüffelnd und tragend im Saale, suchten die Ueberbleibsel von den Tellern und leerten mit ihren lebenden Burgen in wenig Augenblicken den Inhalt von drei Spülkäpfen.

Einige Fettchenstiehe, welche Schuldige und Unschuldige gleich schwer trafen, wiesen die vierbeinigen Störenfriede zur Ruhe; die Hunde flüchteten heulend unter die Bänke, wo sie zitternd, die Köpfe auf ihre Vorderpfoten gelegt, verblieben.

Der Kavaller blieb auf der Schwelle des Zimmers stehen, berührte leicht mit der Hand den Rand seines Sattels und musterte mit einem Blick den Kreis der Komödianten, die seinen Gang erwarteten.

Der Fremde mochte fünfundsiebzig Jahre zählen. Blonde Haare umrahmten sein volles, lebensfrisches Gesicht, dessen



